

1. Änderungssatzung der Gemeinde Am Mellensee

zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee (Kita-Gebührensatzung)

Auf der Grundlage des §§ 3, 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) 18. Dezember 2007 (GVBl.I/ 07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GVBl. I I/21 Nr. 21) in Verbindung mit dem Kindertagesstättengesetz (Kita-Gesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 2004, S.384), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2020, (GVBl. I/20 Nr. 18); der Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBv) vom 16.08.2019 (GVBl.II Nr. 61) und dem öffentlich-rechtlichen Vertrag vom 02. Mai 2005; hat die Gemeindevertretung Am Mellensee am folgende 1. Änderung der Kita-Gebührensatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung der Gemeinde Am Mellensee über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee (Kita-Gebührensatzung) wird wie folgt geändert:

1. der § 3 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

Die Höhe der Benutzungsgebühr richtet sich nach der Zahl der im Haushalt lebenden unterhaltspflichtigen Kinder, die eine gemeindliche Einrichtung besuchen, dem Einkommen sowie dem wöchentlichen Betreuungsumfang.

2. der § 3 Abs. 3 wird mit einen Satz 2 ergänzt:

Für ein unterhaltsberechtigtes Kind im Haushalt wird der Unterhalt zum Einkommen angerechnet.

Artikel 2

Die 1. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Am Mellensee über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee (Kita-Gebührensatzung) tritt ab 01.08.2021 in Kraft.

Am Mellensee, den 18.08.2021

F. Broshog
Bürgermeister

Bekanntmachungsanordnung:

Die 1. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Am Mellensee über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee (Kita-Gebührensatzung) wird hiermit bekannt gemacht. Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung kann gegen diese Satzung und nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn:

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordentlich öffentlich bekannt gemacht,
- c) die Kommunalaufsicht hat den Beschluss der Gemeindevertretung vorher beanstandet,
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Vorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel betrifft.

Am Mellensee, den 00.00.2021

F. Broshog
Bürgermeister